

OMAS GEGEN RECHTS Hagen
omasgegenrechts-hagen@web.de

Frau
Mona Neubaur, MdL

Hagen, 14.04.2026

Offener Brief der OMAS GEGEN RECHTS Hagen zur Beantragung eines Prüfverfahrens bzgl. der Verfassungswidrigkeit der AfD

Sehr geehrte Frau Ministerin Neubaur!

Der beständige Aufstieg der AfD macht uns als Bürgerinnen dieses Landes und als OMAS GEGEN RECHTS große Sorgen. Wir wenden uns darum heute an Sie mit der Bitte, im Bundesrat ein Prüfverfahren des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit der AfD voranzutreiben.

Mit doppeldeutigen Aussagen, die weitreichende sprachliche Interpretationsmöglichkeiten zulassen, versucht die Partei offenbar, das eigene Klientel anzusprechen und auszubauen und gleichzeitig den Verbotstatbestand zu verhindern.

Öffentliche Einlassungen und konkretes Verhalten zeigen aber deutlich ihre verfassungsfeindlichen Absichten – trotz aller strategisch gesetzten Zweideutigkeiten.

Mit ihrer völkisch-nationalistischen Ideologie greift die AfD die höchsten Schutzgüter unserer Verfassung an: Menschenwürde, Demokratieprinzip und zentrale Elemente des Rechtsstaats.

Ihr Streben nach Delegitimierung demokratischer Prozesse und Akteure darf nicht als legitime Staatskritik verstanden werden, sondern muss als planvolles Vorgehen zur Zerstörung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelten.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD deswegen als „rechtsextremen Verdachtsfall“ und in einigen Bundesländern als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft.

Der grüne Rechtspolitiker Till Steffen hat 2025 vorgeschlagen, eine gemeinsame Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten, um ein einheitliches Vorgehen in Bezug auf das genannte Gutachten des Verfassungsschutzes zu vereinbaren. Der stellvertretende Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Konstantin von Notz, geht im gleichen Jahr sogar noch weiter, wenn er Bund und Länder auffordert, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Material für ein AfD-Verbot zu sammeln.

Sie, sehr geehrte Frau Ministerin Neubaur, sind als Vertreterin der Grünen in den NRW-Landtag gewählt worden. Daher vertrauen wir darauf, dass Sie sich im Bundesrat neben den Vertreter*innen von Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Berlin entschieden für ein Prüfverfahren über die Rechtsstaatlichkeit der AfD einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen
OMAS GEGEN RECHTS Hagen

P.S.: Herrn Wüst, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, ist vor einigen Wochen von uns ein ähnlich lautender Brief zugesandt worden.